

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag u. Sonnabend. In-  
sertionspreis: die kleinste  
Zeile 10 Pf.

Abonnement  
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.  
(incl. Bringerlohn) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

28. Jahrgang.

Sonnabend, den 9. April

1881.

Nr. 43.

### Bekanntmachung.

Vom Reichsgesetzblatte sind die Stücke 6 und 7 vom laufenden Jahre erschienen. Dieselben enthalten unter Nr. 1409: Gesetz, betreffend die Zuständigkeit des Reichsgerichts für Streitfragen zwischen dem Senat und der Bürgerchaft der freien und Hansestadt Hamburg; vom 14. März 1881. Nr. 1410: Gesetz, betreffend die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten; vom 15. März 1881. Nr. 1411: Gesetz, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Staatjahr 1881/82; vom 28. März 1881. Nr. 1412: Gesetz, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen der Post und Telegraphen, der Marine und des Reichsheeres; vom 28. März 1881.  
Beide Stücke liegen an Rathsstelle zu Jedermanns Einsichtnahme aus.  
Eibenstock, am 5. April 1881.

Der Stadtrath.  
Röse.

### Bekanntmachung.

Im Hinblick auf in früheren Jahren beobachtete Ausschreitungen von eben erst confirmirten Knaben und Mädchen an den Nachmittagen des Palmsonntags und des Gründonnerstags wird für den hiesigen Stadtbezirk § 135 der Armenordnung vom 22. October 1840, inbald dessen Gast- und Schankwirthe, welche jungen unerwachsenen Leuten das Ausliegen in ihren Schankstätten ohne Begleitung erwachsener Personen, denen sie angehören, gestatten, oder den unmäßigen Genuß von geistigen Getränken begünstigen, mit Geldstrafe von 15—60 Mark oder verhältnißmäßiger Haftstrafe zu bestrafen sind, in Erinnerung gebracht.

Johannegeorgenstadt, am 7. April 1881.

Der Bürgermeister.  
Bockmann.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Das Ende der ersten Hälfte der diesjährigen Reichstagsession ist da, die Reichsboten sind auf 3 Wochen in die Ferien gegangen. Dasselbe gilt dem Anfange vollständig: Das Haus war nicht beschlußfähig und konnte die Form der Behandlung des Trunksuchts-Gesetzes nicht bestimmen. So heftig war die Sehnsucht nach der Heimath bei den Abgeordneten erwacht, daß nur 147 derselben zurückgeblieben waren. Die Auszahlung wurde von den Sozialdemokraten beantragt, die sich dafür rächen wollten, daß sie nicht zum Worte gelangt waren.

— Stürmische Auftritte, die sogar ein energisches Einschreiten der Polizei nöthig machten, spielten sich in Berlin auf dem Anhalter Bahnhof bei Gelegenheit der Abreise der neuerdings 18 Ausgewiesenen ab. Zur Verabschiedung hatten sich die Angehörigen, Verwandte, Freunde und Bekannte auf dem Perron eingefunden, um den Scheidenden Lebewohl zu sagen und eine glückliche Reise zu wünschen. Hierbei ließen sich einige der Anwesenden verleiten, laute Hochrufe auf die Socialdemokratie auszubringen, so daß schließlich, da auch der Betrieb gestört zu werden drohte, die Inspection zur Räumung des Perrons Polizei requirirte.

— Greiz. Das Amts- und Nachrichtenblatt enthält eine landesherrliche Verordnung, welche einige in dem Verhalten der aus der Schule entlassenen Confirmanden und Neuconfirmirten wahrzunehmen gewesenen Mißstände regelt. Nach derselben ist bei Strafe von 3 bis zu 60 Mark Geldbuße event. Haft bis zu 5 Tagen den Inhabern von Schanklocalen u. verboten, Confirmanden ohne Begleitung ihrer Eltern u. in der Zeit vom Freitag vor Palmsonntag bis zum Ausgange der Charwoche zu placiren oder zu bedienen. Eben so ist verboten, Confirmanden zu theatralischen Aufführungen (sittliche und geistliche Musikaufführungen ausgenommen) heranzuziehen. Die Unternehmer derartiger Veranstaltungen erhalten event. dieselbe Strafe. Den Confirmanden ist bei Strafe eines Verweises event. Haft bis zu 3 Tagen verboten: der Aufenthalt in Schank- und anderen Localen ohne Begleitung der Eltern u., das Trinken von Brantwein u., das Regelaussprechen, das Anbieten von Lebensmitteln, Blumen u., das Tabakrauchen, das Kartenspielen und die Theilnahme bei theatralischen Aufführungen u.

— Von weittragendem Interesse für Deutschland ist der in Oesterreich gegenwärtig technische und Regierungskreise beschäftigende Plan einer Kanalverbindung zwischen der oberen Oder und der unteren Donau vermittelt der Marisch. Es würde dadurch nicht nur das ganze nordöstliche Deutschland eine direkte Wasserstraße nach dem Inneren Oesterreichs erhalten, sondern auch durch Schleusenbauten und Besserung der Vorfluth, wie sie das Kanalprojekt zur Regulirung der oberen Oder in Aussicht nimmt, für Oberösterreich die periodische Ueberschwemmungsgefahr wirksam beseitigt oder doch wesentlich gemindert werden.

— Frankreich. Die tunesische Angelegenheit beschäftigt alle Welt und regt die Gemüther umsomehr auf, weil man argwöhnt, daß hinter dem Bey von Tunis — Italien stehe. Man hält den Angriff der Krumirs für angeflist; ja, man glaubt an einen Zusammenhang zwischen diesem und dem Untergange

der Saharabahn-Expedition. Selbst gemäßigtere Blätter, wie das „Journal des Débats“, nehmen eine sehr scharfe und unternehmungslustige Sprache an, und die von Gambetta inspirirte Presse ergeht sich vollends in heftigen Streitartikeln. Der „Voltaire“ z. B. erklärt, daß der Einfluß Frankreichs in Afrika unter allen Umständen und gegen wen auch immer aufrecht erhalten werden müsse, daß Frankreich den Bau von Concurrenzbahnen in Tunis nicht dulden dürfe und daß man sich, um dies alles durchzusetzen, mit allem Nachdruck an den Bey halten müsse. Es fehlt dabei nicht an ziemlich unverdeckten Seitenhieben auf Italien, dem man die Schuld an allen tunesischen Widerwärtigkeiten beimißt. — In aus Tunis eingegangenen Berichten heißt es, die Ankunft einer italienischen Mission unter dem Capitain Camperio in Benghazi und die von dem italienischen Capitain Bottiglia jüngst in dem Hafen von Benghazi vorgenommenen Sondirungen ließen darauf schließen, daß die Italiener ernstlich daran dächten, sich in Nordafrika festzusetzen. — Die neuesten Nachrichten aus Algier melden: Die Krumirs haben keinen neuen Angriff gewagt, obgleich die Sährung bei ihnen groß ist. Sie haben Stellungen auf Abhängen, mit Wäldern und Gestrüpp bedeckten Bergkammen eingenommen und in Folge dieser ihrer vortheilhaften Position, sowie namentlich des Umstandes, daß unsere Truppen ohne besonderen Befehl die Grenze nicht überschreiten durften, waren unsere Verluste in dem Gefechte vom 31. März relativ bedeutend. Die anderen Stämme der tunesischen Grenze werden mit allen Mitteln aufgestachelt, an der Bewegung theilzunehmen.

Eine später eingegangene Meldung lautet: Frankreich hat in seiner Action gegen Tunis einen ersten Erfolg zu verzeichnen. Dem Bey, der sich bisher gegen alle französischen Forderungen und Beschwerden taub stellte, ist der Schreck in die Glieder gefahren. Er legt sich aufs Bitten und hat bereits mehrere seiner Generale zur Anknüpfung von Verhandlungen ins französische Lager abgelandt. Er soll sich bereit erklärt haben, zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die aufständischen Stämme und zu Maßregeln die Hand zu bieten, die einer Wiederkehr derartiger Grenzstörungen vorbeugen könnten. Ob die Verhandlungen zu irgend einem praktischen Ergebnis führen werden, steht dahin. Jedenfalls machen sie die militärischen Vorbereitungen Frankreichs nicht überflüssig; denn die in Bewegung gerathenen Grenzstämme, die nach den Wünschen des Bey ebenso wenig fragen, wie nach denen Frankreichs, werden sich durch papierne Beschlüsse nicht einschüchtern lassen, sie werden sich nur der Gewalt beugen. Auch handelt es sich bei der tunesischen Frage nicht um die Grenzstörungen allein, Frankreich will vielmehr bei dieser Gelegenheit noch eine Reihe anderer Forderungen zur Erledigung bringen. Die französischen Rüstungen nehmen denn auch ununterbrochen ihren Fortgang, und es ist bemerkenswerth, daß dieselben nicht nur von den Freunden der Republik, sondern auch von deren Gegnern im monarchischen Lager gebilligt werden, — in letzterem vielleicht mit dem Hintergedanken, daß die Republik sich bei diesem Anlaß in allerlei diplomatische Verlegenheiten verwickeln und Hiasco machen könnte.

— Schweiz. Bemerkenswerth ist es, daß die Sprache der Schweizer Blätter über die Ahsfrage in dem Maße schärfer wird, als die Möglichkeit einer

Zumuthung an den Bundesrath näherrückt. Der Berner „Bund“, das Organ der Bundesregierung, sagt, der Sitz des Uebels liege in den Staaten selbst, von wo der Hülfseruf erschallt; wenn dort die Knute nicht austreibe, um das politische Mordgesellenenthum auszurotten, so könne für fremde Staaten umsonst ein Grund vorhanden sein, zu derselben Knute zu greifen. Die Schweiz wenigstens werde schwerlich dazu die Hand bieten können, den Polizeiprügeln auf Kommando auswärtiger Staatsoberhäupter zu schwingen. Sie sei seit altersher bestrebt und lege sogar eine Ehre darin, den Schild der schweizerischen Ahsfreiheit blank und rein zu halten; keine Mordthat, aus welchen Motiven immer begangen, dürfe ihn beslecken. Wüßte sie etwas um solche Mißthaten, die man ihr jetzt in die Schuhe schieben will, so wäre sie die Erste, ihr Haus von Unrat zu säubern. Aber selbst das wohlorganisirte russische Spionenthum in der Schweiz habe bis jetzt nichts zu wittern vermocht, was sie compromittiren könnte, und so dürfe sie mit der Seelenruhe, welche ein reines Gewissen einflößt, allen Zumuthungen entgegensehen, die von Außen an sie gestellt werden sollten. Sie werde in dieser unerbrochenen Haltung nicht isolirt dastehen.

— England. Die sensationelle Beschuldigung der „Morningpost“, eines allerdings hochkonservativen aber sehr angesehenen alten Londoner Blattes, daß die radikalen englischen Kabinetmitglieder Dilke und Brassey die Moskische „Freiheit“ mit Geldbeiträgen unterstützt hätten, wird durch ein Privat-Telegramm folgendermaßen aufgeklärt: „Ich erfahre bezüglich der gestern im Unterhause erhobenen Beschuldigung, daß die Herren Dilke und Brassey vor mehr als zwölf Monaten in der That keine Beiträge für die „Freiheit“ beisteuerten. Es geschah dies aber in dem Glauben, dieses Blatt vertrete nur vorgeschrittene politische Ansichten. Jetzt trägt die irische Landliga die Kosten der Bertheidigung Ross's vor den Gerichten und einer der hervorragendsten irischen Agitatoren, Sullivan, übernahm heute die Bertheidigung des Angeklagten.“ — Vor ungefähr zwölf Monaten kam gerade das Kabinet Beaconsfield zu Fall und Dilke, sowie Brassey standen bereits auf der Kandidatenliste des neuen Kabinetts Gladstone. Man sollte meinen, daß Leute von so hervorragender politischer Stellung wie z. B. Dilke die Pflicht gehabt hätten, sich nicht bloß auf ihren „Glauben“ zu verlassen, sondern ernstlich zu prüfen, welchem politischen Organ sie ihre Unterstützung zu Theil werden ließen. Vom ersten Augenblicke ihres Erscheinens trat die Moskische „Freiheit“ in einer Weise gegen die bestehende Gesellschaftsordnung auf, daß Leute, welche die Bereitschaft zeigten, monarchische Minister zu werden, es sich doppelt überlegen mußten, ob es sich schicke, ihre Gunst einem derartigen publizistischen Unternehmen zuzuwenden. Der Vorgang wird kaum verfehlen, die alten Beschuldigungen wach zu rufen, daß englische Staatsmänner es sich mit Fleiß angelegen sein ließen, London zu einem Centralpunkt flüchtiger Unruhmischer des Kontinents zu machen, weil dadurch die englische Politik eine gute Handhabe besäße, unbehaglichen Kontinentalmächten ohne große Unkosten Verdrüßlichkeiten und Verlegenheiten nach Bequemlichkeit zu bereiten. Wie gesagt, es ist dies eine alte Klage und wir werden einer Auffrischung derselben in den nächsten Tagen wohl öfters begegnen.